

# Was bringt uns das globale Freihandelssystem?



Anspruch und Realität einer Gegenmachtkonzeption und der globale Vormarsch einer ökonomischen Struktur  
Jahresseminar AG Perspektiven 11./12.07.03, Markt Indersdorf

## Hauptreferat

### MARIA MIES: FÜHRT DAS GLOBALE FREIHANDELSSYSTEM ZU FRIEDEN UND WOHLSTAND? ..... 2

<b>Teil I: Fakten, Mythen, Credos und Visionen</b> .....	2
WTO, GATS und die EU: Klarstellungen .....	2
Die Visionen des globalisierten Kapitals .....	3
Globalisierung: Drei Mythen über den globalen Freihandel.....	3
Der Washington Consensus .....	4
Der Abfall vom Glauben an das neoliberale Credo .....	4
Visionen erwachsen aus Widerstand.....	5
Der Washington Consensus ist zusammengebrochen .....	5
Das Ende der Demokratie, weitere Zerstörung der Umwelt, Bedrohung der Gesundheit, Erodierung der Arbeiter- und Sozial- und Menschenrechte und einer Wirtschaftspolitik im Dienste der Menschen. ....	5
Die neue Vision: Eine andere Welt ist möglich .....	5
Die Subsistenzperspektive .....	6
<b>Teil II: Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen, Subsistenz-Lebenswelten aufbauen!</b> .....	7
Frauen, die letzte Kolonie, oder: die Hausfrauisierung der Arbeit.....	8
Hausfrauisierung international .....	9
Globalisierung der Wirtschaft und Hausfrauisierung.....	9
Das Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft .....	10
Die Globalisierung bringt es an den Tag.....	11
Globalisierung ohne "menschliches Gesicht" .....	11
Die alten Gegenstrategien reichen nicht mehr aus .....	12
Was bedeutet das für uns?.....	12
LITERATUR: .....	12

# Maria Mies: Führt das globale Freihandelssystem zu Frieden und Wohlstand?

## Teil I: Fakten, Mythen, Credos und Visionen

(Der Hauptteil dieses Textes war ein Beitrag zum 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag 2001 in Frankfurt/Main bei einer Veranstaltung zum Themenbereich 3: In Freiheit bestehen, Samstag, 16.6.2001, 16.30-18.00 Uhr. Voraus geht ein Text aus dem attac-Frauenetz [http://www.attac.de/frauenetz/mm\\_wto.php](http://www.attac.de/frauenetz/mm_wto.php), Der Abschnitt „Der Mythos vom ‚globalen Dorf‘“ wurde ersetzt durch eine gekürzte Version des Abschnitts „Drei Mythen über den globalen Freihandel“ aus „Kriege sind gut für die Wirtschaft. Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem“, R.F.)

## WTO, GATS und die EU: Klarstellungen

### 1. WTO

Ehe wir uns mit GATS selbst befassen, ist es notwendig, uns klar zu werden, in welchem Zusammenhang dieses "Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen" steht. GATS ist keine unabhängiges Abkommen. Es ist eins der 29 verschiedenen Freihandelsabkommen, die 1994 mit dem Ende der GATT-Verhandlungen in Marrakesch beschlossen wurden. Diese Abkommen wurden im Januar 1995 in die neugegründete WTO (World-Trade-Organization – Welthandelsorganisation) überführt. Alle Regeln und "Disziplinen" der WTO gelten automatisch auch für das GATS. Die wichtigsten dieser Regeln sind:

- a) die "Inländerbehandlung"
- b) die "Meistbegünstigungs-Klausel"

Sämtliche WTO-Abkommen basieren auf der selben ökonomischen Philosophie:

dem Neoliberalismus

Die Dogmen des Neoliberalismus besagen, dass der(kapitalistische) Markt freie Entfaltung haben müsse, dass der Staat diese Entfaltung nicht durch den "Schutz" einzelner Bereiche behindern solle (Protektionismus-Verbot), dass der ungehinderte Wettbewerb – die Konkurrenz aller gegen alle – gefördert werden muss, um den globalen Marktzugang für alle global players – große und kleine Unternehmen – sicherzustellen. Dabei soll jedes Land seine komparativen Kostenvorteile ausnutzen. Dabei ist der private Profit das einzige ökonomische Ziel. Andere Werte werden diesem Ziel untergeordnet.

Wenn in der WTO von Ländern und Regierungen die Rede ist, dann sind in der Regel Nationalstaaten gemeint. Für die EU trifft das aber nicht zu.

### 2. EU

Für die WTO ist die EU EIN Land, bzw. eine Regierung. Die EU wird vertreten durch die Europäische Kommission (EK), z.Zt. durch den Handelskommissar. Pascal Lamy.

Die EU-Kommission setzt sich zusammen aus Beamten, die als Kommissare von den einzelnen Mitgliedsländern in die EK abgeordnet wurden.

Die EK funktioniert zwar wie eine Regierung, sie ist aber nicht vom Europäischen Parlament legitimiert. Die Kommissare werden auch nicht von den Länderparlamenten gewählt, sondern von den Regierungen abgeordnet. (Demokratiedefizit) Die EU wurde durch die Amsterdamer und Maastrichter Verträge 1994 gegründet. Sie existierte also schon vor der WTO. Von Anfang an hat die EU aber die neoliberale Freihandelspolitik in Europa durchgesetzt.

### 3. GATS

Was das GATS beinhaltet, wurde schon vielfach erläutert (vgl. u.a. Thomas Fritz: Was ist GATS – bei [www.gats-kritik.de](http://www.gats-kritik.de); Maude Barlow: GATS, die letzte Grenze, in: Infobrief Nr. 9 2002)

Am 31. März 2003 musste die EU der WTO ihre Listen über die Dienstleistungen vorlegen, die sie auf dem globalen Markt anbieten will. Pascal Lamy, der EU-Handelskommissar behauptet nun in seinem Kommentar zu den Verhandlungen ([www.gats-kritik.de](http://www.gats-kritik.de): The EU and Services in Negotiations in the WTO, April 2003), dass die Öffentlichen Dienstleistungen, d.h. die Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wasser, Bildung, Energie nicht zur Verhandlungsmasse der EU gehörten und

nicht liberalisiert würden. Das ist eine bewusste Irreführung. Sie dient der Beruhigung der Bevölkerung, die inzwischen durch die GATS-Kritik etwas hellhöriger geworden ist.

Lamy's Beteuerung, für die Daseinsvorsorge sei nicht zu befürchten, geht an der Tatsache vorbei, dass das GATS im Prinzip alle "kommerziellen" und auch "nicht-kommerziellen" Dienstleistungsbereiche umfasst, und dass die WTO-Klauseln der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung für alle Dienstleistungen gelten.

Das bedeutet, Länder – hier die EU - dürfen ihre Grenzen gar nicht dichtmachen, wenn ein ausländischer Konzern fordert, in einem EU-Land wie Deutschland z.B. im Schul-, Gesundheits- oder Wasserbereich investieren zu wollen. Sie dürfen nicht sagen: Diesen Bereich wollen wir unter eigener nationaler oder lokaler Kontrolle behalten.

Außerdem verschweigt Lamy die Tatsache, dass der Privatisierungsprozess in der EU bereits schon voll im Gange ist, und dass es dabei vor allem um die Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge geht, vor allem um die Liberalisierung, Privatisierung und Globalisierung des Wassers. Zudem stammen die größten Wasser-Multis der Welt: Suez, Vivendi und RWE aus Frankreich und Deutschland. Sie drängen mit Macht auf die Öffnung der europäischen und nichteuropäischen Wassermärkte. Die US-Bildungs- und Gesundheitskonzerne drängen vor allem auf die bisher geschützten europäischen Gesundheits- und Bildungsmärkte.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, haben sich bei den bisherigen Handelsrunden immer noch die Interessen der großen transnationalen Konzerne durchgesetzt, nicht aber die Interessen der Mehrzahl der Menschen, die von diesen Regelungen betroffen sind und die ja sowieso bewusst im Dunkeln gelassen wurden und werden über Inhalt und Reichweite der Abkommen. Lassen wir uns also von Herrn Lamy keinen Sand in die Augen streuen.

Non-Profit-Organisations

Eine weitere bewusst aufrechterhaltene Unklarheit ist die Frage, ob nun die "non-profit-organisations" – die nicht kommerziellen Betriebe – bei uns z.B. die gemeinnützigen Vereine auch ins GATS-Regime eingeschlossen sind. Herr Lamy beantwortet die kritischen Fragen aus der "Zivilgesellschaft" zu diesem Punkt wie folgt.

"GATS garantiert allen Regierungen (hier der EK), dass ihre Souveränität, eigene Regeln, Gesetze und Maßnahmen zum Schutz des Öffentlichen Interesses erhalten bleibt. Zum Beispiel wird die Pflicht der Regierungen, wesentliche Öffentliche Dienste, wie z.B. die Pflicht, die Dienste der existentiellen Daseinsfürsorge anzubieten, ihre Qualität und Erschwinglichkeit zu erhalten vom GATS nicht eingeschränkt." (Übersetzung M.M. The EU and Services Negotiations, s.o.)

Diese Zusicherung übersieht das universal geltende Gebot des neoliberalen Freihandels, nämlich, dass sich alle Betriebe, die kommerziell und auch die nicht-kommerziell betriebenen, die z.B. bestimmte Aufgaben des Staates nach dem Subsidiaritätsprinzip übernommen haben – wie unsere Gemeinnützigen – sich für die globale Konkurrenz öffnen müssen. (vgl. Art.1 Abs. 3 des GATS-Abkommens) Vielleicht muss die Gemeinnützigkeit nicht direkt abgeschafft werden. Wenn aber ein US-Gesundheitskonzern seine Dienste in Deutschland zu niedrigeren Preisen anbietet als etwa die von der Caritas oder dem Diakonischen Werk betriebenen Krankenhäuser, dann ist zu fragen, wie lange letztere diesem Konkurrenzdruck standhalten werden.

Das gleiche gilt für alle gemeinnützigen Vereine und Projekte – auch zahllose Frauenprojekte – im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich. Wie lange werden sie nach GATS überleben? Wie können wir Klarheit bekommen? Fragen wir die Gemeinnützigen nach ihrer eigenen Stellungnahme. Fragen wir die nationale Regierung nach ihrer Meinung.

Gemeindeautonomie, Gemeinnützigkeit, Soziale Dienste, Solidarität und Mitmenschlichkeit, Bildung und Kultur, Krankheit und Gesundheit, Wasserver- und Entsorgung sind keine Waren für die globale Profitmacherei. Sie müssen unter der demokratischen Kontrolle von lokalen Gemeinwesen und Staaten bleiben. Sie gehören weder ins GATS, noch in die WTO oder in die EU.

## Die Visionen des globalisierten Kapitals

Der Gott unserer Zeit ist das Kapital, genauer, das patriarchale Kapital. Dieser Gott ist (angeblich) allmächtig, unsterblich, allwissend und omnipotent, allgegenwärtig und muss immer wachsen. Er ist die Quelle allen Lebens. Das ist noch nie so deutlich gewesen wie heute im Zeitalter der konzerngesteuerten, neoliberalen Globalisierung. Dieser Gott hat nicht nur seine Kirchen, die Banken und Konzernzentralen, sondern auch seine Priesterschaft und seine Theologen. Dies sind die Wirtschafts- und Naturwissenschaftler und die Technokraten.

Sie machen alles, was machbar ist und Geld bringt. Wie jede Religion basiert auch die der unendlichen Geldvermehrung auf einem Credo, an das man glauben muss, selbst dann wenn unsere ganze Erfahrung uns sagt, dass das nicht stimmt. Das Credo des Neoliberalismus - auch Washington Consensus genannt - lässt sich kurz so zusammenfassen: Globaler Freihandel schafft Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand für alle, die Voraussetzung für Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Frieden.

Dass dieses Credo heute von so vielen Menschen geglaubt wird, liegt u. a. daran, dass das Volk im Dunklen gelassen wird über das, was globaler Freihandel und Institutionen wie die WTO, die Weltbank, und der IWF im Dienste der Konzerne heute weltweit anrichten. Viele der gewählten Volksvertreter sind häufig nur noch bloße Lakeien der Konzerne. Auch in den Medien waren bis vor kurzem kaum kritische Worte zu Freihandelsabkommen wie dem MAI, zu NAFTA, zu FTAA zur EU und zur neoliberalen Globalisierung zu finden. Auch aus den deutschen Hochschulen kam keine Kritik und Aufklärung, als das MAI verhandelt wurde oder die WTO-Ministerrunde 1999 bevorstand.

## Globalisierung: Drei Mythen über den globalen Freihandel

Wenn Sie heute fragen, was denn Globalisierung eigentlich bedeutet, bekommen Sie die abenteuerlichsten Erklärungen zu hören: globale Vernetzung durch das Internet, die zu einem "globalen Dorf" führe, Begegnung der Kulturen, Verbreitung von Demokratie, Freiheit, Gleichheit und schließlich Ewiger Friede. Die multinationalen Konzerne werden nicht müde, diese neue Sozialutopie als Resultat ihrer FREIHANDELSPOLITIK zu predigen. Doch die kürzeste und meiner Meinung nach korrekteste Definition des Begriffes Globalisierung wurde von dem Verwaltungspräsidenten einer der göstten transnationalen Firmengruppen, der ASEA BROWN BOVERY (ABB) Gruppe, Percy N. Barnevik gegeben: *"Ich würde Globalisierung als die Freiheit für meine Gruppe von Unternehmen definieren, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will, und die möglichst geringsten Restriktionen zu unterstützen, die aus Arbeitsgesetzen und sozialen Übereinkünften resultieren"* (zit. Im TAGESANZEIGER, 15.1.2001).

Dieser Definition ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. ...

### Mythos Nr. 1: Globaler Freihandel bringt dem „Globalen Dorf“ Frieden

Es wird allgemein angenommen, dass Handel eine friedliche Angelegenheit ist, dass Handel und Krieg sich gegenseitig ausschließen und dass globaler Freihandel, zu so etwas wie dem „Ewigen Frieden“ im „Globalen Dorf“ führen werde. Die Theoretiker des neoliberalen Freihandels behaupten, dass durch „freien“ Welthandel, d.h. Handel der nicht von den Regierungen

reguliert wird, ein „ebenes Spielfeld“ geschaffen würde, auf dem alle Spieler, große und kleine, friedlich miteinander konkurrieren könnten und dass so der größte Wohlstand für alle entstehen würde. Kriege, wie wir sie von früher kannten, würden der Vergangenheit angehören.

Wenn wir jedoch einen kurzen Blick auf die Geschichte des globalen „Freihandels“ werfen und uns außerdem die Ergebnisse der neuen, neoliberalen Freihandelspolitik in den letzten 15 Jahren ansehen, werden wir schnell eines Besseren belehrt. Polanyi hat schon 1944 nachgewiesen, dass der internationale „freie Markt“ sich nicht „natürlich“ aus dem freien Tauschhandel entwickelt hat, wie die Neoliberalen ständig behaupten, sondern dass er im 18. und 19. Jh. mit Gewalt vom englischen Kolonialstaat künstlich geschaffen wurde. Nach Polanyi hatte der Außenhandel ursprünglich mehr den Charakter von Piraterie, Raub und kriegerischer Eroberung als von friedlichem Tausch. (Polanyi 1944, dt. Übersetzung 1977, S.99)

Noam Chomsky weist in seinem Buch über den Zusammenhang von Wirtschaft und Gewalt sehr ausführlich nach, dass die „Vormachtstellung Europas in der Welt“ ganz wesentlich auf dem Einsatz kriegerischer Gewalt beruht, und nicht auf irgendwelchen sozialen, moralischen oder natürlichen Vorzügen. Das erste globale Handelssystem der Welt entstand im Zusammenhang portugiesischer und später holländischer und britischer kolonialer Eroberungen. Im Unterschied zu den Portugiesen setzten die Holländer und die Engländer die Gewalt „eher auf selektive, ja rationale Weise ein. Sie wurde ausschließlich im und für den Handel eingesetzt... Den Schlussstrich zog immer die Bilanz“ (Pearson, zit. in Chomsky 1995 S.35). Chomsky zitiert den Historiker des englischen Kolonialaufstiegs John Brewer. Dieser schreibt, der englische Staat sei im 18. Jh zum „größten Wirtschaftsakteur geworden, der, „gemessen an der Fähigkeit, den Leuten das Geld wegzunehmen und Soldaten auf die Beine sowie Matrosen auf die Schiffe zu stellen“ alle europäischen Staaten übertroffen habe. (Chomsky 1995 S.35-36)

Wenn wir an die Methoden denken, mit denen der US-amerikanische Kapitalismus aufgebaut wurde – Vernichtung der indigenen Völker Nordamerikas, Raub ihres Landes, Versklavung von Millionen westafrikanischer Menschen – dann erscheint diese Wirtschaftsweise, die heute schönfärbend „freie Marktwirtschaft“ genannt wird, in einem anderen Licht.

Viele, auch Marx waren der Meinung, diese bluttriefenden Zeiten seien nur Teil der „Geburtsstunde“ des Kapitalismus, der „unter Blut und Tränen“ zur Welt gekommen sei. Marx war der Meinung, diese Periode der „ursprünglichen Akkumulation“ würde von der eigentlich kapitalistischen Akkumulation, der erweiterten Reproduktion des Kapitals abgelöst. Christel Neusüß fragte mit Recht, wieso denn eine „Geburtsstunde“ so lange dauern könne. (Neusüß 1985) Über 200 Jahre nach der Eroberung Indiens stellen wir fest, dass auch noch nach der politischen Entkolonisierung in den Ländern des Südens immer noch Zustände und Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“ herrschen. Wir reden daher von „fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation“ (V. Werlhof/Bennholdt-Thomsen/Mies 1983) Immer noch sind Gewalt, Eroberung, Krieg und Vertreibung die effizientesten Mittel der Kapital-Akkumulation.

Jedenfalls, wenn ich mir die heutigen Methoden und Resultate des modernen Freihandels im Süden ansehe, wie sie von Weltbank, IWF und WTO gefördert werden, so sehe ich kaum Unterschiede zwischen damals und heute. Der neoliberale, konzerngesteuerte Freihandel hat die Plünderung ganzer Länder, wie sie der alte Kolonialismus betrieben hat, heute auf den ganzen Globus ausgedehnt

### Mythos Nr. 2: Globaler Freihandel schafft ein „ebenes Spielfeld“

„Eine ähnliche Freihandelslüge ist die von der Schaffung eines „ebenen Spielfelds“ zwischen einzelnen „Spielern“. Heute gibt es genügend empirische Befunde, die nachweisen, dass die Ungleichheit innerhalb der Länder und zwischen „armen“ und „reichen“ Ländern nie größer war als in der Periode nach 1990, in der der Neoliberalismus seine weltweite Hegemonie errichtet und konsolidiert hat durch Abkommen wie die der EU, NAFTA, APEC und vor allem das WTO. Das wird inzwischen nicht nur von der UNO in ihren Entwicklungsberichten zugegeben, sondern sogar von der Weltbank selbst und sogar von Präsident

Clinton. beim letzten World Economic Forum –Treffen in Davos. Tatsache ist, dass der Freihandel immer mehr Verlierer produziert, die einer Minorität von globalen Gewinnern gegenüberstehen und dass die Kluft zwischen beiden immer größer wird: „52 der 100 größten Ökonomien der Welt sind Konzerne, nur 48 sind Länder“ (Barker/Mander 2000 S.4) und der Reichtum der drei reichsten Männer der Welt, alle aus den USA ist größer als der von 50% der ärmsten Länder (Wolfwood 2000,S.4). Die UNCTAD schreibt in ihrem Entwicklungsbericht von 1997, dass 1965 das persönliche Einkommen in den reichen G7-Ländern 20-mal größer war als das in den 7 ärmsten Ländern. 1995 war diese Kluft 39-mal größer. Die UNCTAD macht die Liberalisierungspolitik für die wachsende Ungleichheit verantwortlich. (Balanya u.a.2000 S.94)

Für die USA weist eine Studie des Institute of Policy Studies nach, „dass die Top-Manager amerikanischer Konzerne heute im Durchschnitt 419 mal mehr verdienen als einfache Arbeiter. Nach Kevin Phillips erhöhten die oberen 10% der Amerikaner in der achtziger Dekade ihr Einkommen um 16 Prozent, die oberen 5 Prozent um 23 Prozent und das oberste ein Prozent um 50 Prozent. Bei den ärmeren Schichten war es umgekehrt. Je weiter unten auf der sozialen Leiter um so größer die Einkommenseinbußen. Die 10 Prozent am unteren Ende verloren im selben Zeitraum 15 Prozent ihrer ohnehin dürftigen Einkommen. 1977 war das Einkommen des obersten ein Prozent der Bevölkerung 65-mal größer als das der ärmsten 10 Prozent. 1987 war das oberste 1 Prozent 115-mal reicher.(George 1999 S. 4 ff.Barker/Mander 2000)

Diese wachsende Ungleichheit zwischen und innerhalb der Länder ist aber nicht zufällig, sondern ist ein notwendiges Strukturelement der neoliberalen Globalisierung. Diese Ungleichheit ist für die Konzerne das, was sie als „komparative Kostenvorteile“ in ihrer Konkurrenz um die billigste Arbeitskraft und die laxesten Umweltbedingungen nutzen. (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997) Außerdem wirken die Hauptprinzipien des globalen Freihandels, nämlich Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung (GLP-Politik) und universale Konkurrenz nicht in die Richtung einer allgemeinen Gleichheit und Befriedung, sondern umgekehrt, in die Richtung des Hobbes'schen Krieges aller gegen alle. Wie kann in solchen Gesellschaften Frieden herrschen?

### *Mythos Nr. 3. Globaler Freihandel fördert Entwicklung WB/IWF und WTO – die „unheilige Trinität“ als globale Kriegsverursacher*

Die beschriebenen Ungleichheiten und die allgemeine Wirtschaftskonkurrenz führen nicht nur irgendwann auch zu sozialen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen. Heute können wir viel direkter den Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und neu aufbrechenden Kriegen beobachten, wenn wir uns die Folgen der Politik der Weltbank, des IWF und der WTO ansehen. Diese drei sog. Bretton Woods Institutionen wurden im September in Prag die „Unheilige Trinität“, oder auch die „Mörder-Trinität“ genannt(Mies 2001). Sie sind es, die seit Jahren die neoliberale Freihandelspolitik im Interesse der großen Konzerne und Banken schützen, verbreiten und konsolidieren. Die Folgen ihrer Politik waren zuerst in Afrika und Asien zu spüren, dann aber auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Diese Folgen sind nicht nur ein wachsender Schuldenberg, zunehmende Armut der Mehrheit der Bevölkerung, mehr Hunger, schlechtere Gesundheitsversorgung und schlechtere Schulbildung als vor ihrem Eingreifen, sondern auch, wie in Indonesien, Thailand und später auch in Russland, der Zusammenbruch des ganzen Finanz- und Wirtschaftssystems und schließlich eine neokoloniale Abhängigkeit dieser Länder vom Club der Reichen. In Prag mussten sich die Chefs der Weltbank und des IWFs, Herr Wolfensohn und Herr Köhler von Kritikern sagen lassen, dass sie mit ihrem Strukturanpassungsprogramm (SAP), das sie seit einem Jahr beschönigend Armutbekämpfungsprogramm nennen, in Wirklichkeit die Väter der Armut sind.

Bei dem Treffen von Weltbank und IWF im September 2000 in Prag verteilte die Gruppe GLOBALIZATION CHALLENGE INITIATIVE einen Bericht über die Auswirkungen der SAPs auf Tansania. Nach diesem Bericht ist die Kindersterblichkeit auf 85 pro 1000 Kinder gestiegen. Während 1980 noch 80% der

Kinder die Grundschule besuchten, sind es jetzt nur noch 50%. Die Regierung gibt das Vierfache dessen, was sie für Grundschulen ausgibt, für den Schuldendienst aus. Das Pro-Kopfeinkommen war in den siebziger Jahren 309 Dollar. Seit Einführung der SAPs im Jahre 1985 ist es auf 160 Dollar in den neunziger Jahren gesunken. Die Lebenserwartung ist heute nur 48 Jahre. 66% der Bevölkerung leidet an AIDS, aber die Regierung gibt nur ein Prozent ihres Budgets für die Gesundheit aus (vgl.Mies 2001).

Dass die „ökonomische Medizin“ von Weltbank und IWF jedoch nicht nur zu diesen Folgen führen, sondern dass regelrechte Kriege das Resultat der „Armutsbekämpfungspolitik“ sind, haben Silvia Federici (1999) und Michel Chossudovsky (1997) für verschiedene Länder Afrikas und Osteuropas nachgewiesen. Silvia Federici, die lange in Nigeria und anderen afrikanischen Ländern gearbeitet hat, hat analysiert, wie die SAPs des IWF zu Kriegen, Flucht und Genoziden geführt haben. Sie schreibt: „...die Strukturanpassungsprogramme führen zum Krieg, und Kriege vollenden ihrerseits die Arbeit der Strukturanpassungsprogramme., denn sie machen die betroffenen Länder abhängig von internationalem Kapital und den Mächten, die es repräsentieren, angefangen bei den USA, der EU und auch der UNO. Mit anderen Worten, um Clausewitz zu paraphrasieren: Strukturanpassung ist Krieg mit anderen Mitteln“ (Federici 1999, S.2).

## Der Washington Consensus

Das Credo des Neoliberalismus wurde 1989 von dem amerikanischen Ökonomen Williamson in 10 Glaubenssätzen niedergeschrieben, die als WASHINGTON CONSENSUS bekannt wurden. Dieser Washington Consensus versprach allen Regierungen, vor allen denen der armen Länder, dass alle ihre Probleme gelöst werden würden, wenn sie als zentrales Ziel der Wirtschaft die Regeln des globalen Freihandels akzeptieren würden, nämlich:

1. Wichtigstes Ziel der Wirtschaft ist Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze, Reichtum, Entwicklung, Gleichheit, Demokratie.
2. Ökonomische Globalisierung: Alle Grenzen müssen für den globalen Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Investitionen geöffnet werden.
3. Privatisierung
4. Deregulierung (Liberalisierung): Regeln und Gesetze, die diesen Freihandel behindern müssen dereguliert werden,
5. Globaler Freihandel; nicht lokale Produktion ist die Quelle des Reichtums,
6. Einschränkung der Rolle des Staates, vor allem in der Wirtschaft,
7. Senkung der Steuern für Unternehmer
8. Einschränkung der Staatsausgaben, z.B. für Gesundheit, Bildung, Soziales usw.
9. Ungehinderte Konkurrenz aller gegen alle zur Ankurbelung der Leistung
10. Liberalisierung des globalen Freihandels.

Nicht nur die Regierungen der armen Länder haben diesen Washington Consensus akzeptiert. Die meisten von ihnen wurden dazu allerdings durch die Weltbank und den IWF und seine SAPs gezwungen. Wer Kredite der Weltbank haben wollte, musste die Wirtschaft nach den obigen Regeln umstrukturieren. Doch auch die Regierungen der reichen Länder, ihre Medien und ihre Universitäten haben den Washington Consensus wie ein Naturgesetz akzeptiert - TINA. Warum? Ein Grund: Viele unserer Konsumgüter wurden billiger. Ein zweiter: Immer mehr Menschen wurden in die Logik der Kapitalakkumulation durch Aktienbesitz eingebunden, selbst Studenten. Ich frage Sie nun, wo soll in dieser versteinerten TINA- Situation in den Hochschulen eine andere Sozialutopie entstehen, wenn der einzige Wert der Shareholder Value ist?

## Der Abfall vom Glauben an das neoliberale Credo

Ehe es wieder zu anderen Visionen kommen kann, müssen zunächst viele Menschen in vielen Ländern vom Glauben an die Verheißungen des globalen Freihandels abfallen. Dieser Abfall

vom Glauben ereignet sich jedoch, wie wir inzwischen wissen, nicht zuerst in den Elfenbeintürmen der Hochschulen. Nicht einmal jetzt, wo doch die WTO- in Rahmen des globalen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen - GATS - dabei ist, den gesamten Bildungssektor von den Grundschulen bis zu den Universitäten in ihren Mitgliedsländern, zu deregulieren, zu globalisieren und vor allem zu privatisieren, hören wir etwas von Aufstand und Widerstand gegen diese Politik in den deutschen Hochschulen. Claudia von Werlhof geht in ihrem Beitrag auf diese merkwürdige Paralyse der VertreterInnen des "Geistes" ein. Nicht Visionen sind "impossible", sondern Visionen ausgehend von akademischen Einrichtungen, die sich dem Credo des Neoliberalismus unterworfen haben.

## Visionen erwachsen aus Widerstand

Der Abfall vom Glauben und die Entwicklung einer neuen Vision und Hoffnung entstehen nicht, in wissenschaftlichen Diskursen im geschützten Raum von Hochschulen und akademischen Zeitschriften. Diese Umkehr ereignet sich im Protest auf den Straßen gegen die angeblich so übermächtigen Global Players, ihre Institutionen und Abkommen. Der Widerstand richtet sich auch direkt gegen die Großkonzerne und Großbanken selbst, die die Gewinner dieser neoliberalen Politik sind. Er richtet sich auch gegen die Regierungen, die ihr Mandat nicht mehr zum Wohl des Volkes ausüben, sondern zu Lakeien der Global Players geworden sind. Nirgendwo wird das deutlicher als bei den Versuchen, die vom GATS geforderte Privatisierung und Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungsbereiche (Bildung, Gesundheit, Wasser, Verkehr, Banken, Versicherungen u.a.) voranzutreiben.

Maude Barlow, vom Council of Canadians sagte bei der Protestveranstaltung gegen das Weltwirtschaftsforum in Porto Allegre im Januar 2001, das eigentliche Ziel von GATS sei es, die Fähigkeit der Regierungen überall dramatisch oder ganz zu beschneiden, irgendwelche Gesetze im Interesse der Bürger zu erlassen, übrig bliebe nur noch die polizeiliche Kontrolle der Bürger. Bei den Protestveranstaltungen seit Seattle (1999) in Washington, Melbourne, Prag, Nizza, Davos, Quebec konnte dieser Prozess der Kriminalisierung des internationalen Widerstandes schon beobachtet werden. Immer mehr Polizisten und selbst Streitkräfte mußten die Regierungsvertreter und Global Players vor dem Protest des Volkes schützen. Und immer mehr Menschen beginnen zu fragen, wogegen sich denn dieser wachsende Protest richtet. Es ist heute nicht mehr möglich, ihn lediglich einer Handvoll von jungen Randalierern zuzuschreiben.

## Der Washington Consensus ist zusammengebrochen

Spätestens im November 1999 wurde bei der dritten Ministerunde der WTO in Seattle klar, dass viele Bürgerinnen den Versprechungen der neoliberalen Globalisierer nicht mehr glauben, sondern sie für Betrug hielten. Durch zahlreiche empirische Untersuchungen war erwiesen, dass die Realität nach 10 - 20 Jahren neoliberaler Politik anders aussah, als der Washington Consensus. Von "ebenem Spielfeld" war keine Rede. Die Kluft zwischen Arm und Reich war zwischen den Ländern und innerhalb der Länder größer als je zuvor.

Nach zehn Jahren globaler Freihandelspolitik hat sich herausgestellt, dass die unbeschränkte Freiheit und extrem gestiegener Reichtum einiger Personen und Konzerne erkauft wurde mit zunehmender Unfreiheit und wachsender Armut der meisten Menschen in der Welt. Diese Kluft ist seit den achtziger Jahren nicht nur zwischen reichen und armen Ländern wie nie zuvor gewachsen, sondern auch innerhalb der reichsten Länder der Welt: USA, England, Deutschland. Inzwischen geben selbst UNO-Organisationen und selbst die Weltbank zu, dass die Kluft zwischen Reich und Arm durch die weltweite Freihandelspolitik in den vergangenen Jahren enorm gewachsen ist.

...

## Das Ende der Demokratie, weitere Zerstörung der Umwelt, Bedrohung der Ge-

## sundheit, Erodierung der Arbeiter- und Sozial- und Menschenrechte und einer Wirtschaftspolitik im Dienste der Menschen.

Den Menschen, die in Seattle, Prag, Washington, Nizza und Davos auf die Strasse gingen, war klar, dass Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung (GLP) nicht nur die Kluft zwischen den Reichen und Mächtigen innerhalb und zwischen den Ländern verbreitet hat, sondern dass auch die in mehreren Jahrhunderten erstrittenen Arbeiter-, Sozial- und Menschenrechte auf der Strecke blieben, dass der Schutz und die Bewahrung der Schöpfung dem ungehinderten Profitstreben nachgeordnet würde, dass alles und jedes auf dieser Erde nur noch als Ware gesehen würde, Ware die nur der weiteren Akkumulation von Kapital dienen soll und vor allem, dass das, was wir bisher noch unter Demokratie verstehen, mit dem globalen Freihandel nicht zu vereinbaren ist.

"Globaler Freihandel und Demokratie sind wie Feuer und Wasser" schrieb sinngemäß 1998 John Gray, der ehemalige Berater von Margaret Thatcher. "Diejenigen, die einen freien Weltmarkt wollen, haben immer darauf bestanden, dass das legale Rahmenwerk, das ihn definiert und verankert außerhalb der Reichweite jedweder demokratischer Legislative platziert ist. Souveräne Staaten können zwar Mitglieder in der WTO werden; aber es ist diese Organisation und nicht die Legislative irgendeines souveränen Staates, die bestimmt, was als freier Handel gilt und was als Handelshemmnis" (Gray 1998).

Transnationale Konzerne können sich nicht global und "frei" entfalten, wenn die Gefahr besteht, dass die Wirtschaftspolitik der Länder, in denen sie operieren, eventuell alle 4 Jahre durch die Wahlentscheidung der Bürger geändert wird. Die und nichts anderes ist der Grund für die Schaffung von Institutionen wie die WTO und von Abkommen wie das von Amsterdam (EU), NAFTA, GATS, AoA, TRIPs, und vielen anderen Freihandelsabkommen. Einmal geschaffen sind sie quasi immun gegen demokratische, parlamentarische Veränderungen.

Die Zerstörung demokratischer Grundlagen war und ist darum einer der Hauptkritikpunkte der Protestierer auf den Strassen von Seattle, Prag, Nizza, Davos, Quebec und demnächst in Genue. Die Geheimhaltungspolitik, die die Verhandlungen aller dieser Abkommen umgibt, ihr Mangel an Transparenz und Bürgerpartizipation sind darum nicht "Fehler", die durch gewisse Reformen behoben werden können, sondern gehören zu den Strukturelementen der globalen, konzerngesteuerten Freihandelspolitik. Wer das eine will (z.B. Demokratie) kann das andere nicht haben (z.B. globalen Freihandel)

## Die neue Vision: Eine andere Welt ist möglich

Die Erkenntnisse, dass die Versprechungen des neoliberalen Globalismus Betrug sind, erwuchs nirgendwo hauptsächlich im geschützten Raum akademischer Diskurse, sondern in lokalen, nationalen und internationalen Widerstandsaktionen, in dem, was ich die GLOBALISIERUNG VON UNTEN genannt habe (Mies 2001). Den GlobalisierungsgegnerInnen wird jedoch fast immer die Frage gestellt: Wenn ihr gegen den globalen Freihandel seid, welche andere Wirtschaft und Gesellschaft schlägt ihr dann als Alternative vor? Womit wir bei den Visionen sind.

Die Antwort auf diese Frage fängt überall damit an, dass die Menschen das TINA-Syndrom zurückweisen, dass sie aufhören, zu glauben, dass es keine Alternative gibt. Viele der Slogans in Seattle, Prag und den anderen Gegengipfeln machen diese Zurückweisung deutlich: z. B. People and the Planet over Profit, oder: Die Welt ist keine Ware, oder EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH (Porto Allegre 2001). Die Via Campesina, das internationale Netzwerk oppositioneller Bauernbewegungen formulierte den Slogan: Globalise Resistance, Globalise Hope (Mies 2001).

Genau darum geht es, die weltweite Protestbewegung gegen eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum und Profit über alles stellt, ist gleichzeitig der Anfang der Hoffnung, dass eine andere Welt möglich ist. Ohne Hoffnung keine Vision. Obwohl sich die neue, weltweite soziale Bewegung gegen die Globalisierung aus

verschiedenen Initiativen, Interessensgruppen, Traditionen und Kulturen zusammensetzt, obwohl sie keiner einheitlichen Ideologie folgt, hat sie doch so etwas wie eine gemeinsame Vision. Diese Vision fängt überall damit an, dass die Menschen die Kontrolle über ihre unmittelbaren Lebensbedingungen wieder zurückfordern. Sie akzeptieren nicht mehr, dass über ihr Essen, ihre Luft, ihr Wasser, die Krankenversorgung, die Schulen, die Umwelt, den Personennahverkehr, und viele andere Bereiche ihres unmittelbaren Lebens in irgendwelchen Chefetagen ferner multinationaler Konzerne oder von Bürokraten in Brüssel oder in Genf im Namen von Abkommen, die sie nicht kennen, entschieden wird.

Diese Vision ist jedoch nicht, wie einige akademische Kritiker meinen, nur ein Pfeifen im Walde oder eine hilflose und konzeptionslose Selbstüberschätzung. Sie basiert auf einer genauen Kritik der Zustände, die von den Globalisierern wie eine Naturgewalt hingestellt werden. Sie weist an vielen Beispielen nach, dass diese Zustände "gemacht" wurden, an bestimmten Orten, zu bestimmten Zeiten und von bestimmten Akteuren (vgl. u.a. George, Balanya et al., Chomsky) Sie sind weder Zufall, noch notwendig. Und was von Menschen gemacht wurde, kann auch von Menschen geändert werden. Das ist die wesentlichste Einsicht für jede Vision einer anderen Gesellschaft. Das zweite, was zu dieser Vision zu sagen ist, ist, dass es nicht DIE Alternative zu der herrschenden Weltordnung gibt, sondern dass sich viele Menschen in vielen Initiativen und Organisationen in den verschiedenen Ländern der Welt Gedanken über eine andere Wirtschaft, Gesellschaft und Politik machen. Und das ist gut so. In meinem Buch GLOBALISIERUNG VON UNTEN habe ich im Schlusskapitel mehrere dieser Alternativvorstellungen oder Perspektiven vorgestellt. Hier kann ich nur auf einige eingehen. Das dritte, was diese neuen Perspektiven auszeichnet, ist, dass sie nicht bloße Utopien im Sinne von Wunschbildern sind, sondern dass sie schon überall auf der Welt in die Praxis umgesetzt werden, in größeren oder kleineren polit-ökonomischen und sozialen Projekten und Bewegungen. Das wurde vor allem in Porto Allegre (Südbrasilien) deutlich, wo sich im Januar 2001 die GegnerInnen der konzerngesteuerten Globalisierung auf dem Weltsozialgipfel gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos trafen. In Davos trafen sich die Global Players und ihre Lakeien. In Porto Allegre trafen sich die KritikerInnen der neoliberalen Globalisierung. Ihr Slogan war und ist: Eine andere Welt ist möglich. Doch warum Porto Allegre? Weil Porto Allegre in den Augen all derer, die eine andere Welt für möglich halten, seit einigen Jahren als emblematische Stadt gilt...

Seit zwölf Jahren wird Porto Allegre von einer Linkskoalition unter Führung der Arbeiterpartei (PT) regiert. Die Stadt hat in vielen Bereichen - Wohnungswesen, Personennahverkehr, Straßenreinigung, Müllabfuhr, ambulante und stationäre Krankenversorgung, Kanalisation, Umwelt, sozialer Wohnungsbau, Alphabetisierung, Schulbau, Kultur, öffentliche Sicherheit, und vieles mehr spektakuläre Fortschritte vorzuweisen. Das Geheimnis dieses Erfolgs ist das Mitbestimmungsbudget, das heißt, die BewohnerInnen der verschiedenen Stadtviertel können konkret und demokratisch über die Verwendung der Gemeindegelder bestimmen. In ihrer Hand liegt die Entscheidung darüber, welche Bereiche der Infrastruktur geschaffen oder verbessert werden. Und sie haben die Möglichkeit, den Fortgang der Arbeiten und die Finanzierung aus nächster Nähe zu beobachten. Weil damit die Veruntreuung öffentlicher Gelder oder Amtsmissbrauch unmöglich gemacht werden, entsprechen die Investitionen ziemlich genau den mehrheitlichen Wünschen der Stadtbevölkerung" (Ignacio Ramonet, 2001).

Wenn sich die Stadt Berlin nach ihrem Finanzdebakel von dem Beispiel Porto Allegre inspirieren ließe, wenn man dort eine Vision jenseits des neoliberalen Modells hätte, dann fiel den Leuten vielleicht auch noch eine andere Alternative zu ihrem Bankrott ein als nur die Privatisierung aller öffentlichen Einrichtungen. Ein entscheidender Punkt mehrerer dieser Perspektiven ist die Konzentration auf die lokale oder regionale Ökonomie. Die KritikerInnen des Globalismus sind sich klar darüber, dass eine ökonomische und politische Kontrolle über unsere unmittelbaren Lebensbedingungen nur in kleineren Wirtschaftsräumen möglich ist, in denen die Menschen noch, wie in Porto Allegre tatsächliche demokratische Mitwirkung bei der Gestaltung der öffentlichen Dinge haben können.

Auch diese Perspektive ist keine bloße Utopie, sondern wird z. B. von den Grünen in England, zusammen mit einigen NROS wie ISEC bereits ausprobiert. Ausgelöst wurde diese Bewegung dort vor allem durch den BSE -Skandal. Die Menschen wollen wissen, was sie essen, sie verlangen Nahrungssouveränität. Von Mai bis Juli 2001 finden in vielen Städten Märkte statt, wo neben Aufklärungscampagnen über den Slogan: "Lokal Food for global Prosperity" lokale Produkte verkauft werden. Die englischen Grünen haben eine breitere Kampagne gestartet, die den Titel hat: PROTECT THE LOCAL GLOBALLY (SCHÜTZEN WIR DIE LOKALE WIRTSCHAFT, ABER ÜBERALL). Colin Hines, einer der Vertreter dieser Richtung im Europaparlament sagt, nur eine solche Politik der Lokalisierung könne verhindern, dass sich in Europa weiterer Fremdenhass ausbreitet, weil überall die "Heimat" und lokale Lebensmöglichkeiten zerstört würden.

## Die Subsistenzperspektive

Als Ökofeministin bin ich mit vielem, was Colin Hines und seine FreundInnen in England propagieren und praktizieren einverstanden: Regionalisierung, Ökologisierung, Lokalisierung, neuer Internationalismus, neue, partizipative Demokratie usw. Doch bei fast allen neuen Alternativentwürfen gegen den neoliberalen Globalismus fehlt ein Punkt, der für uns Feministinnen entscheidend ist. Wir können keine Vision einer anderen, besseren Welt akzeptieren, bei der das patriarchalische Mann-Frau-Verhältnis nicht revolutioniert wird. Wir sehen dieses Verhältnis nicht nur als Analogie zu dem Verhältnis Mensch-Natur sondern als strukturelle Grundbedingung für das Funktionieren des neoliberalen, wachstumsbesessenen Kapitalismus. Ohne Patriarchat keine unendliche Kapitalakkumulation! Dieses Verhältnis ist durch bloße Gleichstellungspolitik nicht zu verändern, denn es nützt nichts, wenn Frauen "gleichberechtigt" das machen, was Männer heute in diesem System machen. Das System als Ganzes muss geändert werden.

Wir schlagen für diese notwendige Veränderung das vor, was wir die Subsistenzperspektive nennen: Sie bedeutet als erstes, dass Menschen einen anderen Begriff von "GUTEM LEBEN" zurückgewinnen als den, den das Kapital ihnen anbietet: nämlich viel Geld und volle Supermärkte, dass nicht mehr die Warenproduktion und die unendliche Geldvermehrung, was man früher Chrematistik nannte, im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten stehen, sondern die unmittelbare LEBENSPRODUKTION, oder auch die SUBSISTENZPRODUKTION. An dieser Subsistenzproduktion müssen sich Männer wie Frauen zu gleichen Teilen beteiligen.

Wie bei den anderen Perspektiven hat auch die Subsistenzperspektive schon begonnen. In Ländern des Südens, wie des Nordens, in der Stadt wie auf dem Land. In unserem Buch: EINE KUH FÜR HILLARY. DIE SUBSISTENZPERSPEKTIVE (München 1997) berichten wir über viele Beispiele, wo und wie Menschen angefangen haben, aus dem Wahnsinn, der Armut und der Würdelosigkeit der bloßen, sinnlosen Erwerbsarbeit und der sinnlosen Kapitalakkumulation auszusteigen.

Denn die Subsistenzperspektive ist nicht nur wünschenswert, sie ist notwendig. Das gilt nicht nur für Länder und Gesellschaften, die Opfer der neoliberalen Raubzüge wurden, (die Länder des Südens und des ehemaligen Sowjetblocks) sondern auch für die Zentren des globalen Kapitalismus. Die BSE Krise hat mehr als alles andere deutlich gemacht, dass wir nur kleineren, ökologisch orientierten Wirtschaften so etwas wie Nahrungssouveränität haben können. Doch dies ist sozialverträglich nur dann möglich, wenn die Kosten nicht auf Frauen und andere "Minderheiten" abgeschoben, "externalisiert" werden.

Subsistenz bedeutet "Freiheit IN der Notwendigkeit", nicht Überwindung (Transzendenz) des Reiches der Notwendigkeit. Dies setzt ein anderes Naturverhältnis voraus als das uns bekannte Herrschaftsmodell. Es bedeutet Frieden mit und in der Natur. Vandana Shiva berichtet über eine indische Bewegung zum Erhalt der biologischen und kulturellen Vielfalt, die sich JAIV PANCHAYAT - Lebensdemokratie - nennt. Zu dieser Lebensdemokratie gehören nicht nur alle Menschen, Frauen, Männer Kinder, sondern auch die Büffel, Kühe, Ziegen, Schlangen, Bäume, Kräuter, kurz, die ganze Natur. Menschen sind nur

Statthalter und Bewahrer dieser Vielfalt (Shiva in Infobrief 5 2001).

Subsistenz bedeutet vor allem Frieden zwischen den Geschlechtern. Aber dieser Friede setzt die Überwindung patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft voraus. Er kann nicht durch die Anpassung der Frauen "nach oben" (Gleichstellung, heute: Gender Mainstreaming) erreicht werden, sondern nur durch die Umorientierung von Männern und Frauen nach einem anderen Modell des "guten Lebens".

## **Teil II: Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen, Subsistenz-Lebenswelten aufbauen!**

(aus: Die Krise als Chance. Alternativen zum globalen Kapitalismus. Materialien zu der Veranstaltung mit Dr. Maria Mies und Dr. Winfried Wolf, 25. April 2003, Grips Theater, Berlin)

Eins möchte ich zu Anfang klar stellen: Meine Freundinnen Veronika Bennholdt-Thomsen, Claudia von Werthof und ich "entdeckten" Rosa Luxemburg, besonders ihr Hauptwerk "Die Akkumulation des Kapitals", vor fast 30 Jahren, als wir als Feministinnen Antworten suchten auf bestimmte Fragen, die wir bei Marx und Engels und anderen männlichen linken Theoretikern nicht fanden. Diese Fragen waren vor allem: 1. die Frauenfrage, hier insbesondere die Frage, warum die Hausarbeit weder in der kapitalistischen noch in der marxistischen Theorie und Praxis einen Wert hat. z. die Kolonialfrage, d.h. warum die Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas auch nach ihrer politischen Entkolonisierung immer noch ökonomische Kolonien der imperialistischen "Metropolen" Europas und Nordamerikas und dann auch Japans bleiben. Und 3. die Natur- oder Ökologiefrage. Wie konnten Frauen und fremde Völker befreit werden, wenn sie, wie die außermenschliche Natur nur als ausbeutbare Naturressource betrachtet werden? Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Ausbeutung dieser "drei Kolonien" in den kapitalistischen wie in den sozialistischen Industrieländern? Welches Naturverhältnis liegt dem kapitalistischen wie dem sozialistischen Fortschrittsparadigma zugrunde?

Rosa Luxemburg hatte diese Fragen so nicht gestellt Sie war keine Feministin. Trotz ihrer Freundschaft mit Clara Zetkin, der Begründerin und Führerin der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland, hielt sie nichts von Claras Bemühungen um eine Mobilisierung der proletarischen Frauen. Nach Meinung der SPD sollte Clara Zetkin und die sozialistische Frauenbewegung sich um die Stärkung der Kleinfamilie, um Mutterschutz, Kinder und ähnliche "Frauenthemen" kümmern. In der Partei aber sollten sie keine Stimme haben. "Das war der Grund", schreibt Evans, "weshalb eine engagierte Revolutionärin wie Rosa Luxemburg sich nicht mit der Frauenbewegung befaßte". (Evans 1979, S. 319) Sie wollte "richtige" Politik machen, und die war damals, wie zum großen Teil heute, Männersache. Rosa L. verachtete Clara Zetkin ein bisschen dafür, dass sie sich "nur" um die Frauenfrage kümmerte. An Leo Joghies schrieb sie einmal: "Clara ist gut, wie immer, aber sie läßt sich irgendwie ablenken, sie bleibt in Frauenangelegenheiten stecken und befaßt sich nicht mit allgemeinen Fragen. Also bin ich ganz allein." (zitiert in Evans 1979, S. 320)

Auch für Rosa Luxemburg also waren Frauenfragen keine allgemeinen Fragen. Zumindest sah sie keinen Zusammenhang zwischen der Frauenfrage und dem, was sie allgemeine Fragen nannte, z.B. den Kolonialismus, die brutale Gewalt der kapitalistischen Mächte gegen die sog. Naturvölker, den Militarismus und die Kriegsvorbereitungen. Sie regte sich auch nicht über den "proletarischen Antifeminismus" (Thönnesen) auf und überhörte die sexistischen Chauvibemerkungen vieler ihrer männlichen Genossen, z.B. die Kautsky's, der meinte "die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander", weil es ihr an rationalem Vermögen mangle. (Neusüß 1985, S. 127 f) Auch Bebel, der ein dickes theoretisches Werk über "Die Frau im Sozialismus" geschrieben hatte, schrieb 1910 über Clara Zetkin und Rosa Luxemburg an Kautsky:

"Es ist mit den Frauen eine merkwürdige Sache. Kommen ihre Liebhabereien oder Leidenschaften oder Eitelkeiten irgendwo in Frage und werden nicht berücksichtigt oder verletzt, dann ist auch die Klügste außer Rand und Band und wird feindselig bis

zur Sinnlosigkeit Liebe und Haß liegen nebeneinander, eine regulierende Vernunft gibt es nicht" (zit in Evans 1979, S. 52) Das sind doch bekannte Töne, nicht wahr? Immer noch. Frauen sind halt emotional. Es mangelt ihnen an "regulierender Vernunft; die ist den Männerköpfen vorbehalten. Rosa Luxemburg wollte aber richtige, allgemeine Politik machen und wollte sich nicht in die Frauenecke abschieben lassen. Darum legte sie sich, wie unsere vor 10 Jahre verstorbene Freundin Christel Neusüß schrieb, permanent mit den Männerköpfen der damaligen SPD und ihrem Glauben an die Wissenschaft und die rationale, logische, generalstabsmäßige Planung einer Revolution an. Sie steckte es dabei einfach weg, wenn die Genossen ihren "hysterischen Materialismus" verhöhnten. (Neusüß 1985, S. 284) Wie viele Frauen bis heute in linken Organisationen steckte sie ihre Betroffenheit als Frau, ihre Wut über ihre männlichen Genossen weg, weil sie an die Wichtigkeit der gemeinsamen, "allgemeinen Sache" glaubte. Die Frauenfrage war für sie etwas, was dieser allgemeinen Sache hinzugefügt werden mußte, ein Nischenproblem. Heute nennt der deutsche Bundeskanzler Schröder (SPD) die Quotenpolitik das Frauengedöns)

Als Feministinnen konnten wir von Rosa Luxemburg zunächst also nicht viel lernen. Da wir aber, wie die neue Frauenbewegung in den Anfängen insgesamt, die theoretische und praktische Lösung der Frauenfrage nie nur additiv als Nischenfrage verstanden haben, die man anderen, allgemein-theoretischen Entwürfen hinzufügen kann, wollten wir der Sache auf den Grund gehen. Und dieser Grund, das wurde uns bald klar, ist in der Tatsache zu sehen, dass, wie Engels richtig erkannt hatte, Menschen zuerst einmal materiellkörperlich da sein müssen, ehe sie Geschichte machen und produzieren können. Dieses Da-Sein aber fällt nicht einfach vom Himmel. Es sind Frauen, Mütter, die die Menschen hervorbringen und dieses Hervorbringen ist nicht einfach ein unbewusster Akt der Natur als solcher, sondern es ist Arbeit (Mies 1983/1992, S. 164 ff). Und Frauen verausgaben unendlich viel Arbeit, bis diese kleinen Menschen groß sind und dann schließlich vor einem Fabriktor oder einem Büro stehen können, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die Arbeitskraft, die nicht sie, sondern ihre Mutter zu einem großen Teil produziert hat. Wie kommt es, so fragten wir uns, dass diese ganze Mütter- und Hausfrauenarbeit keinen Wert im Kapitalismus hat? Warum ist die Arbeit, die ein Auto produziert, wertvoll, aber die, die einen Menschen produziert, wertlos? Wieso wird die Arbeit bei der Herstellung von Waren Produktion genannt und die Arbeit einer Hausfrau und Mutter nur Reproduktion? Als wir bei Marx eine Antwort auf solche Fragen suchten, merkten wir bald, dass er den selben Arbeitsbegriff benutzte wie die bürgerlichen Nationalökonomten, insbesondere Adam Smith. Produktion war die Herstellung von Waren, bzw. Tauschwerten zwecks Mehrwertgewinnung. Nur die Arbeit gilt als produktiv, die dieser Mehrwertgewinnung dient. Was die Frauen machen ist Reproduktion, insbesondere Reproduktion der Arbeitskraft. Dabei ist die Produktion von Waren/Mehrwert eindeutig der sog. Reproduktion übergeordnet, denn nur sie erzeugt "Wert", sprich Kapital. Also: das Kapital braucht zwar immer wieder neue, lebendige, gesunde, kräftige, satte, gewaschene, sexuell befriedigte Menschen, aus denen es Arbeitskraft aussaugen kann, aber die Arbeit, die bei der Schaffung solcher Menschen verausgabt wird, gilt als bloße Wiederholung, ja schlimmer, als quasi Na-

turprozess, der sich von selbst vollzieht, wie die Zyklen von Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Und angeblich kommt bei dieser Wiederholung, dieser Reproduktion nichts Neues heraus. Neues, stets neue Automodelle, Computergenerationen, geklonte Schafe, genmanipulierte Nahrungsmittel u. dergl. kommen nur bei der mehrwertorientierten Warenproduktion heraus.

Wir hatten aber gar nichts gegen das, was da Reproduktion genannt wurde, ich bestand vielmehr darauf, dass dies die eigentliche Produktion ist, nämlich die Produktion des Lebens, oder der Subsistenz, die im Gegensatz zur Produktion von Waren zum Zwecke der Profitmaximierung steht.

Doch es genügte nicht, einfach festzustellen, dass in der kapitalistischen Wirtschaft Hausarbeit - speziell Mütterarbeit - keinen Wert hat. Es genügte nicht, diese Tatsache einfach der Bosheit der Männer zuzuschreiben oder sie, wie etliche linke Männer versuchten, sie als feudalen Rest zu interpretieren. Wieso braucht das Kapital diese unbezahlte, unbezahlbar, wertlose Arbeit?

Hier half uns Rosa Luxemburgs "Akkumulation des Kapitals" weiter. Sie hatte dieses ökonomische Hauptwerk geschrieben, als sie sich politisch und theoretisch mit dem Imperialismus auseinandersetzte und gegen die Kriegstreiberei des Deutschen Kaiserreichs kämpfte. Es erschien zuerst 1913. In diesem Werk kritisierte sie Marx, der in Kapital Bd. 11 dargelegt hatte, dass die "erweiterte Reproduktion des Kapitals", also der unendliche Prozess der Kapitalakkumulation, heute sagt man Wachstum, sich allein durch die Ausbeutung der Lohnarbeiterklasse durch das Kapital vollzieht. Der vollentwickelte Kapitalismus braucht nach Marx dazu keine zusätzliche, außerökonomische Gewalt, noch zusätzliche Gebiete, sprich Kolonien, die er ausbeuten kann. Da der Kapitalist den Arbeitern nie den ganzen Mehrwert, den diese geschaffen haben als Lohn zurückzahlt, sondern nur soviel, wie sie für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft brauchen, bleibt nach Marx am Ende jedes Produktionszyklus immer mehr übrig als in ihn hineingesteckt wurde, ein Mehr, das wieder investiert werden kann.

Rosa Luxemburg weist jedoch nach, dass das Kapital zur Aufrechterhaltung seiner ständigen Akkumulationsbewegung stets zusätzliche Produktionsmittel und Rohstoffe, zusätzliche Arbeitskräfte und zusätzliche Märkte braucht, die es in seinen Kerngebieten nicht mehr vorfindet und nicht mehr herstellen kann. Rosa Luxemburg nennt dies "nichtkapitalistische Produktionsformen", die das Kapital auch in seiner höchstentwickelten Form ständig braucht, wenn es weiter wachsen bzw. akkumulieren will.

"Wir sehen jedoch, dass der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist." (R. Luxemburg 1913 / 1975, S. 313)

Diese "nichtkapitalistischen" Gesellschaften und Schichten waren ursprünglich die Bauern in England und Europa, die Indianer in den USA, die Sklavinnen und Sklaven aus Afrika in der Karibik und den USA und schließlich alle Kolonien, die das westliche Kapital sich überall unterwarf. Rosa Luxemburg stellt ebenfalls fest, dass die Ausbeutung und Ausplünderung dieser "nichtkapitalistischen" Schichten und Gesellschaften nicht, wie Marx die kapitalistische Ausbeutung definiert, durch das "zivile" Kapital-Lohn-Verhältnis erfolgt, das keine "außerökonomische Gewalt" mehr erforderlich macht, sondern durch direkte, brutalste Gewalt, durch Eroberung, Krieg, Piraterie, willkürliche Aneignung. Marx war der Meinung, dass diese direkte Gewalt zur Genesis, zu den Geburtswehen und zu der Vorgeschichte des eigentlichen Kapitalismus gehöre, die er die Periode der "ursprünglichen Akkumulation" genannt hat. Rosa Luxemburg weist jedoch nach, dass diese Gewalt ständig notwendig ist:

"Nur durch ständige Expansion auf neue Produktionsdomänen und neue Länder ist die Existenz und Entwicklung des Kapitalismus seit jeher möglich gewesen. Aber die Expansion führt in ihrem Weltzug zum Zusammenstoß zwischen dem Kapital und den vorkapitalistischen Gesellschaftsformen. Daher Gewalt, Krieg, Revolution: kurz Katastrophe, das Lebenselement des Kapitalismus von Anfang bis zu Ende." (R. Luxemburg 1913 / 1975 S. 518)

Das heißt, die Kapitalakkumulation bedarf zu ihrem Fortgang der "fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation" und ihrer Methoden, nämlich der Gewalt.

Eine weitere, zentrale Einsicht ergab sich aus dieser Analyse für Rosa L., nämlich, dass der Kapitalismus von Anfang bis zum Ende auf die Ausplünderung der ganzen Welt aus ist, oder, wie Wallerstein sagte, ein "Weltsystem" ist (1974)

"Das Kapital kann ohne die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte des gesamten Erdballs nicht auskommen, zur ungehinderten Entfaltung seiner Akkumulationsbewegung braucht es die Naturschätze und die Arbeitskräfte aller Erdstriche . . . die tatsächliche Vorherrschaft nichtkapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse in den Ländern jener Produktionszweige ergibt für das Kapital die Bestrebung, jene Länder und Gesellschaften unter seine Botmäßigkeit zu bringen, wobei die primitiven Verhältnisse allerdings so rasche und gewaltsame Griffe der Akkumulation ermöglichen, wie sie unter rein kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen ganz undenkbar wären." (R. Luxemburg 1913 / 1975, S. 314)

Als ich das wieder las, dachte ich sofort an die Länder in Süd- und Ostasien, an die sogenannten Tigerstaaten wie Süd-Korea, Thailand, Malaysia, die bis vor einigen Jahren noch Wachstumsraten aufwiesen, die die kapitalistischen Kernländer nur vor Neid erblassen ließen. Ich dachte aber auch an die Gewalt, vor allem gegen junge Frauen in und außerhalb der Freien Produktionszonen (FPZs) in Bangladesch, Hongkong, Thailand, Indien, kurz in der ganzen Region, die ich im November 1997 konkret kennengelernt hatte. Gewalt und zwar vor allem Gewalt gegen Frauen in diesen Regionen - ich nenne sie weiter ökonomische Kolonien - ist das Geheimnis der Akkumulation und nicht nur die ordentliche, meist männliche, arbeitsrechtlich und gewerkschaftlich geschützte Lohnarbeit. Gewalt ist ein ökonomischer Faktor, das hat Rosa Luxemburg schon erkannt. Sie ist nicht einfach durch männlichen Sadismus begründet, sie ist nichts Natürliches, "eine Geburtswehe", wie Marx meinte, die den Kapitalismus durch Blut und Tränen zur Welt gebracht habe, so Christel Neusüß, die verstorbene Interpretin von Rosa Luxemburg. Mit Rosa Luxemburg kritisiert sie die Auffassung von Marx, der diese Geburtsmetapher missbraucht, um die anfängliche Gewalt des Kapitalismus zu erklären.

"Später, wenn er mal richtig da sei, brauche er die Gewalt nicht mehr, da funktioniere er produktiv - friedlich, wenn auch ein bisschen zerstörerisch gegen die Arbeitskraft, aber so etwas wie die Mordzüge der spanischen Konquistadoren habe er nicht mehr nötig. Die Genossin (Luxemburg M.M.) weigert sich an diesem Punkt strikt Marx zu glauben, sie sieht ja, es stimmt nicht, die Gewalt hat weltweit Hochkonjunktur, Riesenwaffenarsenale wurden im Laufe der Zeit aufgehäuft, ein Kolonialkrieg jagte den anderen, ganze afrikanische Stämme wurden mal schnell im Vorübergehen liquidiert . . . und da findet sie halt, so lange kann die Geburtsstunde nicht dauern, 400 Jahre, und immer noch blut- und schmutztriefend, und das, wo der Sozialismus schon vor der Tür stehen soll! Nein, da muß der alte Genosse systematisch Falsches gedacht haben." (Neusüß 1985, S. 298)

## Frauen, die letzte Kolonie, oder: die Hausfrauisierung der Arbeit

Wie schon gesagt, Rosa L. hat nicht an die Frauen gedacht. Doch ihre Analyse der Kapitalakkumulation hat uns, meinen Freundinnen und mir die Augen geöffnet für den Stellenwert der Hausarbeit im Kapitalismus. Diese Arbeit, die wie die der Bauern, der Kolonien oder anderer "nichtkapitalistischer Milieus", wie Rosa sie nennt, keinen Wert hat, als nicht-produktiv gilt, wie die Natur als "freies Gut" zur Verfügung steht, nicht durch Arbeitsrecht und Tarifverträge geschützt ist, rund um die Uhr zur Verfügung steht, ist für das Kapital die billigste und politisch effizienteste Form der Reproduktion der Arbeitskraft. Darüber hinaus, das habe ich in meinen Forschungen über Spitzenhändlerinnen in Indien festgestellt, als Heimarbeit auch die billigste und effizienteste Form der Produktionsarbeit. (s.u. Mies 1982)

Wenn wir die Wirtschaft von der Perspektive der Frauen und der Frauenarbeit her betrachten, und wenn wir die Hausarbeit in diese Betrachtung einbeziehen, dann sehen wir, dass 50% der

Weltbevölkerung 65% der produktiven Arbeit leisten und weniger als 10% des Weltlohneinkommens dafür erhalten. (Salleh 1997 S. 77) Dies wird ermöglicht dadurch, dass Hausarbeit, einschließlich der Mütterarbeit zur Nicht-Arbeit erklärt und so unsichtbar gemacht wird. Dieses Unsichtbarmachen dessen, was lebensnotwendig und lebenserhaltend ist, der Frauen, der Natur, der unterdrückten Völker, Klassen und Stämme ist Teil einer patriarchalen Kolonisierungspolitik, die unter dem Kapitalismus ihren Höhepunkt gefunden hat. Sie wurde aber auch durch den real existierenden Sozialismus nicht aufgehoben. Auch die sozialistische Akkumulation setzt, wie ich 1988 aufgezeigt habe, Kolonisierungen und Hausfrauisierung der Arbeit voraus.

Die Neudefinition der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus, insbesondere die Definition der Frau als Hausfrau ist nicht das Resultat einer eingeborenen männlichen Misogynie sondern eine strukturelle Notwendigkeit des Prozesses der Kapitalakkumulation. Feministinnen haben nachgewiesen, dass die Hausfrau, die die Arbeitskraft der männlichen Lohnarbeiter "reproduziert", zur Produktion des Mehrwerts beiträgt, vor allem deshalb, weil ihrer eigenen Arbeit überhaupt kein Wert im Sinne von Geld zugesprochen wird. Sie bleibt unbezahlt und wird daher auch nicht in die Berechnung des Bruttosozialprodukts aufgenommen. Sie wird nicht einmal als Arbeit definiert sondern gilt entweder als Ausdruck der weiblichen Anatomie oder als "Liebe". Sie ist zeitlich unbegrenzt, scheint in Überfülle verfügbar, wie Sonne und Luft, wie eine Naturressource oder, wie die Ökonomen sagen, als "freies Gut", das Mann und die Kapitalisten sich einfach aneignen können. Nach feministischer Analyse ist es aber vor allem diese nicht bezahlte Hausarbeit, zusammen mit der Subsistenzarbeit von Kleinbauern, vor allem in der Dritten Welt, deren Ausbeutung das Geheimnis der fortgesetzten Kapitalakkumulation darstellt (Dalla Costa 1973, Federici 1975, Bock & Duden 1977, v. Werlhof 1992, Bennholdt-Thomsen 1983, Mies 1986, Waring 1989). Ohne diese inzwischen internationale "Hausfrauisierung" von Frauen wären die Produktionszuwächse und das Wirtschaftswachstum im Norden nicht aufrechtzuerhalten (Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983/1992)

Ich habe den Begriff der Hausfrauisierung 1978/79 im Zusammenhang meiner Forschung über Spitzenhändlerinnen in Südinien, geprägt. Schottische Missionare hatten im 19. Jh. die Spitzenindustrie in dieses Gebiet eingeführt und die armen Landfrauen gelehrt, in Heimarbeit Spitzen für den Weltmarkt zu häkeln. (Mies 1982/83)

Hausfrauisierung der Frauen wird aber auch nicht in Frage gestellt, wenn Frauen erwerbstätig sind. Frauenlöhne sind fast überall auf der Welt niedriger als Männerlöhne: In Deutschland betragen sie etwa 70% der Männerlöhne. Begründet wird diese Lohndifferenz u.a. mit dem Argument, das Einkommen der Frauen sei nur eine Ergänzung zum Einkommen des männlichen Familienernährers. Die Kategorie der "geringfügigen Beschäftigung" und der "Leichtlohngruppen" wurden vor allem für Hausfrauen erfunden. Zu Zeiten der Rezension sind sie die ersten, die entlassen werden. Ihre Aufstiegschancen sind gegenüber den Männern drastisch reduziert.

Die Analyse der Hausfrauisierung wäre jedoch unvollständig, wenn wir sie nicht im Zusammenhang der Kolonisierung betrachteten. Hausfrauisierung und Kolonisierung sind nicht nur zwei Prozesse, die historisch zeitgleich abliefen. Sie sind auch inhaltlich miteinander verknüpft. Ohne die Eroberung von Kolonien, die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und der dortigen menschlichen Arbeit wäre die europäische Unternehmerklasse nicht in der Lage gewesen, ihre industrielle Revolution zu beginnen; die Wissenschaftler hätten kaum Kapitalisten gefunden, die an ihren Erfindungen interessiert gewesen wären, die bürgerlicher Klasse der Gehaltsempfänger hätte kaum genug Geld gehabt, sich eine "nicht arbeitende Hausfrau" und Dienstpersonal zu leisten und die Arbeiter hätten weiterhin ein miserables Proletarierleben geführt.

## Hausfrauisierung international

Inzwischen ist aber deutlich geworden, dass die Erfindung der "Hausfrau" nicht nur die beste Methode war/ist, um die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten, sondern dass sie auch die optimale Arbeitskraft in der

Warenproduktion ist. Das ist zunächst einmal in der Dritten Welt deutlich geworden, wohin seit Mitte der siebziger Jahre zentrale westliche Produktionsbereiche verlegt wurden, wie Textilien, Elektronik, Spielwaren usw. Etwa 80% der Arbeitskräfte in diesen Weltmarktfabriken sind junge, unverheiratete Frauen. Die Löhne dieser Frauen betragen ein Zehntel der entsprechenden Löhne in den Industrieländern. Die Bezeichnung dieser Länder als Billiglohnländer hängt wesentlich von der Rekrutierung junger, weiblicher Arbeitskräfte ab, die meist nicht gewerkschaftlich organisiert sind, häufig entlassen werden, wenn sie heiraten oder Kinder haben, die unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen arbeiten. Die klassische Form der hausfrauisierten Produktionsarbeit im Weltmarkt ist jedoch die Heimarbeit, bei der Frauen ihre Haus- und Familienarbeit mit der Herstellung von Produkten für den Weltmarkt verbinden können, keinerlei Arbeitsschutz unterliegen, total vereinzelt arbeiten, die geringsten Löhne und oft die längsten Arbeitszeiten haben. Auch in anderen Produktionsbereichen: in der Landwirtschaft, im Handel, in den Dienstleistungen werden weibliche Arbeitskräfte nach dem Modell der Hausfrau engagiert (v. Werlhof 1985, Mies 1988).

## Globalisierung der Wirtschaft und Hausfrauisierung

Die Relevanz dieser Analyse heute.

Was wir vor etlichen Jahrzehnten über den Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der hausfrauisierten weiblichen Arbeitskraft und der Kapitalakkumulation geschrieben haben, zeigt gerade heute, im Zeitalter der sog Globalisierung der Wirtschaft, seine eigentliche Relevanz. Man könnte sogar sagen, dass in der globalisierten Wirtschaft diese Form der Ausbeutung das Modell geworden ist für die Ausbeutung von Arbeit überhaupt. Das Normalarbeitsverhältnis ist heute nicht mehr das zwischen einem (männlichen) "freien Lohnarbeiter" und dem Kapital sondern das zwischen "flexibilisierten", "untypischen", "drittweitsierten", "ungeschützten", "prekären", kurz: hausfrauisierten Arbeiterinnen und dem Kapital. Kein Wunder, dass die Unternehmenseite offen das Lob dieser nun "öffentlich freigesetzten, global(isierten) angewandten Hausfrau" (v. Werlhof 1999:81) singt. Claudia v. Werlhof zitiert Christian Lutz, einen Herausgeber der Schweizer Managerzeitschrift "Impuls", der das Ende der freien Lohnarbeit begrüßt und in seinem Beitrag: "Die Zukunft der Arbeit ist weiblich" weibliche (hausfrauliche) Qualifikationen für die Arbeitnehmer der Zukunft fordert. Der "Megatrend", der heute "alle Wertschöpfungsnetzwerke durchzieht" erfordere "Eigeninitiative, Ideen, Verantwortungsbereitschaft und soziale Kompetenz", wie sie eher bei Frauen als bei Männern zu finden seien. "Der Arbeitnehmernachfolger ist weiblichen Geschlechts" (Ch. Lutz 1997, zitiert bei v. Werlhof 1999 S. 81).

Damit sagt die Kapitaleseite nun offen, was Claudia von Werlhof schon 1983 als die Zukunft der Arbeitskraft beschrieb, nämlich die Hausfrauisierung auch der männlichen Arbeitskraft. In ihrem Aufsatz: "Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau" wies sie nach, dass nun nicht länger der männliche, tariflich abgesicherte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die optimale Arbeitskraft fürs Kapital darstellt, sondern die Hausfrau. Ihre Arbeitskraft ist im Gegensatz zu der des Proletariats, flexibel, ist rund um die Uhr verfügbar, ist unbezahlt, ist zuverlässig und fällt in Krisenzeiten dem Kapital nicht zur Last. Auch Männer würden in Zukunft auf diese Weise "hausfrauisiert" werden (v. Werlhof 1983, Neuauflage 1992).

1983/84 wurde diese Strategie noch unter dem Begriff der "Flexibilisierung der Arbeit" diskutiert. Sie wurde als notwendige Folge der Arbeitsrationalisierung durch Mikroelektronik und Computer angepriesen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Rexrodt schlug aber schon damals offen vor, innerhalb der deutschen Wirtschaft einen "Billiglohnsektor" zu etablieren.

Nach dem Vorherigen braucht es uns nicht zu wundern, dass Rexrodt diesen neu zu errichtenden "Billiglohnsektor" vor allem den Frauen zugedacht hat. Sie wären durch ihre Hausfrauentätigkeit ja großartig qualifiziert für diesen Sektor. Was Herr Rexrodt jedoch nicht sagte, wird heute durch Abkommen wie das MAI und die WTO klar: die ganze Welt, auch die reichen Industrieländer, sollen zu einer einzigen Freihandelszone werden,

in der die TNKs Arbeits- und Umweltverhältnisse schaffen wollen, wie wir sie aus in Asien und Mexiko kennen (s.u.) (Mies, v. Werlhof 1998).

Obwohl der Kapitalismus bereits seit seinen kolonialen Anfängen als Weltsystem angelegt ist, wie Marx, Rosa Luxemburg und Wallerstein nachweisen, bezieht sich die heutige Rede von der Globalisierung auf Prozesse, die seit Ende der Achtziger Jahre durch Institutionen wie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IMF) und das US Wirtschaftsministerium vorangetrieben werden. Die GATT-Verhandlungen fanden 1995 ihren Abschluss in der Gründung der World Trade Organisation (WTO).

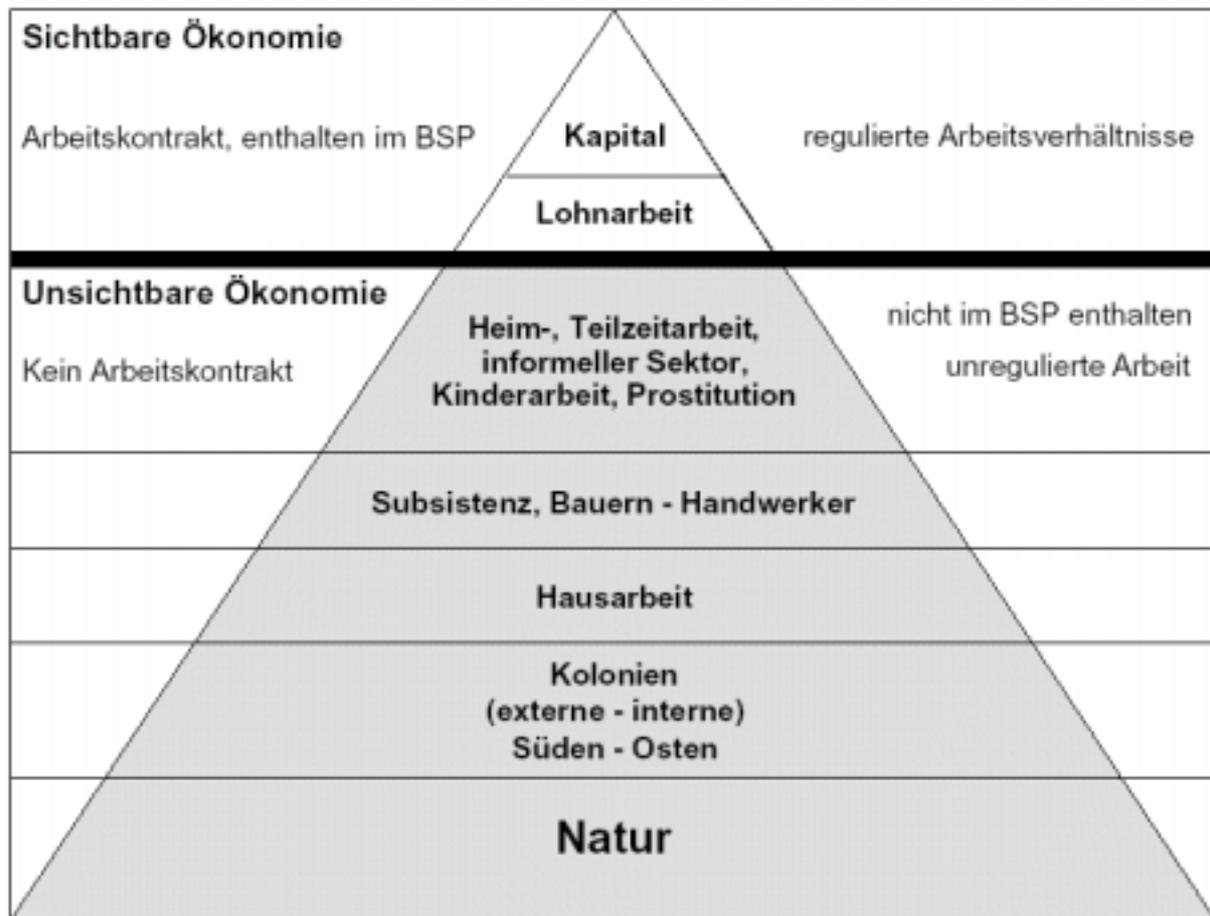
Was oben über die Hausfrausierung international gesagt wurde, ist besonders relevant für die Analyse des Erfolgs der jetzigen Phase der Globalisierung, nämlich die Einrichtung von Weltmarktfabriken, Freien Produktionszonen (FPZs) in Asien und "Macquilas" in Mexiko. Die Tatsache, dass die Löhne in diesen FPZs und Weltmarktfabriken so gering waren/sind, ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass etwa 80% der Arbeitskräfte in diesen Industrien, junge, meist unverheiratete Frauen sind, sondern dass diese als "Hausfrauen" definiert sind. Sie werden eingestellt wegen ihrer Hausfrauenqualifikationen: ihrer "geschickten Finger", ihrer Fügsamkeit, Sorgfalt, ihrer Nähkenntnisse und der Tatsache, dass sie nach der Heirat entlassen werden können. Damit vermeiden die Unternehmer alle Ansprüche auf Mutterschaftsurlaub und Arbeitsschutz. Außerdem waren Gewerkschaften in diesen Fabriken verboten. Die Gewinne konnten zu 100% exportiert werden. Da die meisten Arbeiterinnen in diesen Fabriken aus armen ländlichen Familien stammen, ihre Rechte nicht kannten, keine Erfahrung mit Arbeitskämpfen hatten, akzeptierten sie oft inhumane Arbeits- und Wohnbedin-

gungen, Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden, ein unmenschliches Arbeitstempo, sexuelle Belästigung, Sicherheits- und Gesundheitsrisiken, die in den alten Industrieländern verboten sind. In Südkorea z.B. wurden Arbeiterinnen eingesperrt, bis sie ein bestimmtes Produktionsquantum erreicht hatten.

### Das Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft

Eine solche Wirtschaft lässt sich am besten im Bilde eines EISBERGS darstellen. Nur der Teil des Eisbergs, der aus dem Wasser herausragt, nämlich Kapital und Lohnarbeit gilt bei uns üblicherweise als WIRTSCHAFT. Alle Nicht-Lohnarbeit - Hausarbeit, aber auch die Subsistenzarbeit von Bauern und anderen Selbstversorgern werden nicht zur Wirtschaft gezählt. Zu der "unsichtbaren Ökonomie" zählen auch die Arbeit im sog. informellen Sektor, aber auch alle Kolonien sowie die Natur und ihre Produktion. Auf diese unsichtbare Ökonomie werden alle Kosten abgeschoben oder "externalisiert", die das Kapital nicht zahlen will.

Im Eisberg-Modell (siehe nachfolgende Grafik) jeder herrschenden Wirtschaft gilt "Wirtschaft" nur als der sichtbare Teil der Ökonomie, nämlich die auf Warenproduktion und -handel beschränkte Wachstumswirtschaft, die das Ziel hat, immer mehr Geld und Kapital anzuhäufen. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist ein Nebeneffekt dieser Waren- und Geldakkumulation. Nur dieser "Über-Wasser-" Teil der Wirtschaft erscheint in der nationalen Gesamtrechnung, die im Bruttosozialprodukt (BSP) oder Brutto Inlandprodukt (Gesamtmenge der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen - in Geld ausgedrückt) dargestellt wird (Waring 1989).



Das Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft

Das ist jedoch keineswegs die gesamte kapitalistische Wirtschaft, sondern nur der sichtbare Teil. Doch diese sichtbare Ökonomie wird getragen und subventioniert von der unsichtbaren Ökonomie. Generell gilt, dass alle Tätigkeiten in der "unsichtbaren Ökonomie" "naturalisiert" worden sind, weil sie

(angeblich) nicht dem Zweck der Kapitalverwertung dienen, sondern das Ziel haben, das eigene Leben, die eigene Subsistenz herzustellen und zu erhalten. Darum wird, nach Claudia von Werlhof, alles zur Natur "erklärt", was fürs Kapital gratis sein soll. Während den Menschen in der "sichtbaren" wie der "un-

sichtbaren Ökonomie" weisgemacht wird, das eigentliche Leben sei "oben" oder in der "sichtbaren Ökonomie" - der Geldökonomie - hängt aber letztere von der ersten ab. Der wichtigste Mythos des Kapitalismus besagt, dass alle irgendwann, im Zuge der "nachholenden Entwicklung" zu dieser "sichtbaren Ökonomie" gehören würden, zu den Lohnarbeitern, geschützt von Arbeitsgesetzen, Arbeitsverträgen, gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen usw. In der Eisbergökonomie gibt es aber keine "nachholende Entwicklung" für alle - höchstens für einige - sondern es ist umgekehrt:

die unteren Schichten subventionieren die sichtbare Ökonomie. Darum nennen wir sie auch Kolonien. Ohne diese koloniale Basis gäbe es den Kapitalismus nicht.

## Die Globalisierung bringt es an den Tag

Was unter dem Einfluss der Globalisierung jedoch wirklich geschieht, ist nicht das, was alle Zukurzgekommenen bisher erwartet haben, nämlich, dass sie per "nachholender Entwicklung" aufsteigen würden, sondern sie erleben das Gegenteil: Mehr und mehr Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen in der sichtbaren Ökonomie verlieren ihren Job und sinken ab in die unsichtbare Ökonomie. Das heißt aus festen Arbeitsplätzen wird Gelegenheitsarbeit, aus Fabrikarbeit Heimarbeit, aus gewerkschaftlich und rechtlich geschützter Arbeit werden ungeschützte, hausfrauisierte, heute nennt man das „prekäre“ Arbeitsverhältnisse. Dabei ist es genau umgekehrt, wie uns die herrschende Wirtschaftstheorie weismacht, nämlich, dass es einen "trickle-down-" Effekt von oben nach unten gäbe, ein Durchsickern des Reichtums von der Spitze der Pyramide zu den Zukurzgekommenen an ihrem Fuß. Die Realität ist genau umgekehrt. Immer mehr Reichtum wird in der Spitze des "Eisbergs" angehäuft, der den verschiedenen Schichten der "Unter-Wasser-" Ökonomie abgepresst wurde und dort dann eben nicht mehr vorhanden ist.

Inzwischen wurde schon im UNDP-Bericht von 1996 zugegeben, dass globales Wachstum dazu geführt hat, dass der Anteil der Wohlhabenden dieser Welt, die 20% der Weltbevölkerung ausmachen, innerhalb von 30 Jahren von 70% auf 85% des Reichtums gestiegen ist, während der Anteil der 20% der Ärmsten im selben Zeitraum von 2,3% auf 1,4% gesunken ist. Auch der United Nations Human Development Report von 1998 berichtet, dass das Realeinkommen in 100 Ländern heute niedriger ist als vor 10 Jahren. Die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern, Klassen und Geschlechtern wird zugegeben. Man zweifelt sogar daran, dass Wirtschaftswachstum diese Kluft verkleinern würde, aber man gibt immer noch nicht zu, dass diese Kluft eine notwendige, strukturelle Folge von permanentem Wachstum in einer begrenzten Welt ist. Im globalen kapitalistischen Patriarchat kann es nicht Gleichheit für alle geben. Dies gibt selbst die Weltbank indirekt zu, wenn sie sagt, dass Ungleichheit der Löhne, des Einkommens, des Wohlstandes eine notwendige Begleiterscheinung des "Übergangs" von der sozialistischen zur kapitalistischen Wirtschaft ist ("A Global Poverty Gap", in: The Economist, 20. July 1996, S. 36).

## Globalisierung ohne "menschliches Gesicht"

Während die Menschen bis zum Fall der Berliner Mauer noch die Illusion haben konnten, dass die exportorientierte Industrialisierung in der Dritten Welt nicht nur den Konsumentinnen in den reichen Ländern, sondern auch den armen Ländern selbst zugute kommen würde - also, dass alle irgendwann ein wirtschaftliches Niveau wie etwa das Schwedens erreichen würden - ist diese Illusion mit der neoliberalen Umstrukturierung der Weltwirtschaft, wie sie sich seit 1990 vollzieht, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

In jetzigen Phase der Globalisierung werden die Prozesse, die schon Mitte der siebziger Jahre begannen, nicht nur fortgesetzt und erweitert, sondern auch qualitativ verschärft. So wird die Strategie, Produktionsstätten in Billiglohnländer zu verlagern, durch GATT und WTO praktisch auf fast alle Länder der Welt ausgedehnt. Außerdem werden nun nicht mehr nur bestimmte arbeitsintensive, auf hohen Löhnen basierende Industrien ausgelagert, sondern auch umweltverschmutzende Schwerindustrien wie Stahl-, Schiffs- und Autobau, Kohleförderung usw. Hinzu-

kommt, ermöglicht durch die neuen Kommunikationstechnologien, die Verlagerung ganzer Dienstleistungsbereiche in Billiglohnländer. So lassen eine Reihe von Flugesellschaften ihre Abrechnungen bereits in Indien durchführen. Und indische Software-Firmen konkurrieren erfolgreich mit solchen in den USA und Europa.

Die Folgen dieser neuen globalen Umstrukturierung für die alten Industrieländer sind nicht mehr nur Verlust von Arbeitsplätzen, auf denen vormals Frauen gearbeitet haben, sondern nun sind auch die männlichen Lohnarbeiter, und zwar die Stamarbeiter, von Firmenverlagerungen und Firmenzusammenschlüssen betroffen.

Es ist erstaunlich, dass weder die Politiker noch die Gewerkschaften die Konsequenzen der Globalisierungspolitik, die durch die Weltbank, MAI, GATT/WTO und die Transnationalen Konzerne (TNKs) betrieben wird, für die Arbeiter, die Verbraucher und die Umwelt erkannt haben, oder auch heute erkennen. Alle Industrieländer halten die Globalisierung der Wirtschaft und die Öffnung aller Märkte für eine gute Sache, zumindest für unumkehrbar. Alle Regierungen dieser Länder haben GATT und der WTO zugestimmt - Proteste gab es nur in einigen armen Ländern und von Bauern z.B. in Indien. Alle scheinen zu glauben, dass der sogenannte Freihandel auch mehr Handlungsfreiheit für den einzelnen bedeutet. Und doch hätte jedes Kind wissen können, wie der kapitalistische Freihandel funktioniert.

Das Kapital stets dahin geht, wo es die geringsten Lohnkosten zu zahlen hat, wo es die Umwelt ungestraft ausbeuten kann, wo es möglichst keine Gewerkschaften gibt - wie z.B. in China - durch die bestimmte Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden müssen. Das Dogma der komparativen Kostenvorteile, das die herrschende neoliberale Wirtschaftspolitik bestimmt, wird vor allem durch die Lohnkostenvorteile in den Billiglohnländern realisiert. Nach Pam Woodall waren die Stundenlöhne für Produktionsarbeiter 1994 im Durchschnitt wie folgt:

in Deutschland.....	US\$ 25
in USA .....	US\$ 16
in Polen .....	US\$ 1,40
in Mexiko .....	US\$ 2,40
In Indien, China, Indonesien .....	US\$ 0,50

(Woodall 1994)

So beschreibt Pam Woodall dann auch die komparativen Kostenvorteile der Dritten Welt im Rahmen des globalen Freihandels folgendermaßen: "Die Vorteile des internationalen Handels bestehen darin, dass die Länder ihre komparativen Kostenvorteile ausbeuten können, nicht darin, dass sie versuchen, "gleich" zu sein. Und ein großer Teil der komparativen Kostenvorteile der Dritten Welt besteht in der einen oder anderen Weise in der Tatsache, dass sie arm sind, besonders in der billigen Arbeitskraft und der größeren Toleranz in Bezug auf Umweltverschmutzung" (Woodall 1994, S.42).

Was aber auch Pam Woodall vom Economist nicht als zentralen Teil der komparativen Kostenvorteile erwähnt, ist die Tatsache, dass die billigsten der billigen Arbeitskräfte weltweit Frauen sind, und zwar Frauen, die als Hausfrauen "konstruiert" worden sind. Die globale Umstrukturierung hat nun alle Länder, alle Sektoren der Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft und alle Arbeitsverhältnisse erfasst. Unter anderen eben auch die Frauen, die in den exportorientierten Textil-, Elektronik-, Spielzeug-, Schuhindustrien arbeiteten. Hatten diese Arbeiterinnen bis vor kurzem noch gehofft, dass sie durch heroische Arbeitskämpfe halbwegs menschliche Arbeitsverhältnisse durchsetzen könnten, so wie die von der International Labour Organisation (ILO) geforderten Kemarbeitsstandards, so müssen sie jetzt feststellen, dass die TNKs, für die sie bisher gearbeitet haben, entweder einfach ihr Land verlassen und in noch billigere Länder umziehen, z.B. von Südkorea nach Bangladesch oder nach China; oder dass sie, in Hongkong etwa, billigere Arbeiterinnen aus China anheuern. Die Hauptstrategie zur Verbilligung der weiblichen Arbeitskraft ist jedoch eindeutig eine weitere Hausfrauisierung und Globalisierung.

Das Committee for Asian Women (CAW) hat 1995 eine datenreiche Analyse der Folgen der globalen Umstrukturierung für die Arbeiterinnen in asiatischen Industriezentren, vor allem in den Export Processing Zones (EZPs) in den Philippinen, Südkorea, Hongkong, Singapur und Bangladesch herausgegeben. Die

Autorinnen beschreiben nicht nur die Zunahme sexistischer Diskriminierung -Männer bekommen feste Jobs, Frauen nur noch Teilzeit- und ungesicherte Arbeit - sondern vor allem auch, dass verheiratete Frauen vom formalen Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, „denn Manager wollen die Kosten für Mutterschaftsurlaub und andere Vergünstigungen vermeiden. Sie argumentieren meist, dass verheiratete Frauen zu viele Familienpflichten hätten und sich nicht auf ihre Arbeit konzentrieren könnten“ (CAW) 1995, S. 31).

Das heißt aber keineswegs, dass diese verheirateten Frauen nun von einem Ehemann 'ernährt' werden und nicht mehr weiter fürs Kapital auch direkt arbeiten müssen. Dieses Konzept geht davon aus, dass der Lohn für einen eine Arbeiterin nicht mehr die Reproduktionskosten dieser Person abdecken müsse, denn, ihre Arbeit sei ja nur "zusätzlich" zum Einkommen des Haupternährers, doch wo sind die „Haupternährer“ heute?

## Die alten Gegenstrategien reichen nicht mehr aus

Angesichts der Globalisierung und Liberalisierung des Weltmarkts, verbunden mit der oben Verlagerung von EZPs in noch billigere Länder auf die Arbeiterinnen ausgeübt wird, hat zu einer weiteren "Casualization" von Frauenarbeit geführt, d.h. aus festen werden unsichere, aus geschützten ungeschützte, aus Ganztagsarbeit werden Teilzeitjobs, aus Vollzeit- werden Gelegenheitsarbeiterinnen, Fabrikarbeit wird vor allem ausgelagert in Heimarbeit. Diese verrichten dann die nach Hause geschickten verheirateten Frauen, neben ihrer Familienarbeit und der Betreuung ihrer Kinder. Oder sie sind gezwungen, stundenweise irgendwelche Dienstleistungen zu erbringen. 70% der aus dem produzierenden Bereich entlassenen Frauen wurden Gelegenheitsarbeiterinnen im Dienstleistungssektor. Die Unternehmer betreiben eine bewusst sexistische oder patriarchale Strategie der Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse:

"Arbeitsprozesse werden so aufgeteilt, dass sie stundenweise bezahlt werden können, denn die Arbeit wird als Frauenarbeit gesehen. Frauen, die verheiratet sind, können geringere Löhne bekommen, denn man denkt, dass sie von einem Ehemann abhängig sind. Die rapide Vergegentlichung (casualization) von Arbeit ist geschlechtsbedingt (Chan Kit Wa, Fong Yen Hang, Fung Kwok Kin, Hung Sent Lin, Ng Chun Hung, Pun Ngai, Wong Man Wan, 1995, S. 54).

Und wo arbeiten diese Gelegenheitsarbeiterinnen? Bei McDonalds, Spaghetti House, Maxim, in Supermärkten, als Putzfrau, als Hausangestellte, als Prostituierte und in Büros.

Die Gesamtanalyse der Autorinnen von "Silk and Steel" zeigt nicht nur die Tendenz zur Hausfrauisierung von Arbeit auf, die mit der Globalisierung einhergeht, sondern vor allem, dass diese Strategie für Frauen zu einer allgemeinen Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen geführt hat. Hinzu kommt, dass auch die Männer sich immer weniger verantwortlich für ihre Familien fühlen und Frauen und Kinder verlassen. Hausfrauisierung ist fürs Kapital die beste Strategie im Zuge der Globalisierung komparative Kostenvorteile zu realisieren. Für Frauen ist sie eine Katastrophe.

## Was bedeutet das für uns?

Sie können nun sagen: O.K. das ist Asien, Südkorea, Hongkong, ... Was geht uns das an? Unser Problem ist, dass wir die Prozesse, die sich jetzt hier abspielen nicht verstehen, wenn wir glauben, das Kapital hätte andere Strategien, die Arbeit hier zu verbilligen als die, die es in den Billiglohnländern anwendet. Die früheren 630 DM Jobs in Deutschland, heute die 500 Euro Jobs, die die Hartz- Kommission vorschlägt, basieren auf demselben Konzept der Hausfrauisierung von Arbeit. Für die beschriebene "Deregulierung", "Flexibilisierung" bzw. "Hausfrauisierung" von Arbeitskraft reicht die traditionelle Gewerkschaftsstrategie nicht mehr aus. Für Frauen hat sie nie ausgereicht. Sie basiert nicht nur auf der patriarchalisch-kapitalistischen Trennung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Hausarbeit, sondern auch auf der Annahme, dass das Modell der westlichen Industriegesellschaft, sein Produktions- und Konsummuster im Zuge der "nachholenden Entwicklung" zu verallgemeinern sei. Alle bisher angeblich "rückständigen" Gesellschaften, Klassen, Rassen,

Völker – und Frauen - sollten nach und nach auf den Stand der reichen Klassen in den reichen Ländern gebracht werden. Die Frauen sollten statusmäßig den privilegierten Männern "gleichgestellt" werden.

Eine Strategie, die jedoch nur eine Umverteilung des ökonomischen Kuchens einfordert, z.B. von oben nach unten, oder größere Anteile für Frauen verlangt, ohne zu fragen, wie denn dieser Kuchen überhaupt zustande gekommen ist, welches seine Bestandteile sind, welche Bereiche unserer Realität kolonisiert werden müssen, um ihn backen zu können, eine solche Strategie macht sich Illusionen über die Wirklichkeit.

Für Frauen und Männer kann es angesichts der neuen weltweiten, patriarchalen Kapitalstrategie nicht mehr ausreichen, nur weiterhin mehr geschützte Lohnarbeitsplätze auf der Grundlage von Wirtschaftswachstum zu fordern. Innerhalb einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft können die Forderungen und Rechte bestimmter Arbeiterinnen stets unterlaufen werden durch ein Ausweichen auf billigere Arbeitskräfte in anderen Ländern und Regionen, durch weitere Ausplünderung der Natur und durch weitere Kolonisierung und Kriege.

Wir müssen uns Gedanken über ein ganz anderes Wirtschaftsmodell machen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die nicht den einen das Brot stiehlt, damit andere Kuchen essen können. Eine solche Wirtschaft kann aber nicht mehr auf permanentem Wachstum, sei es kapitalistischer oder sozialistischer Natur, und darum auf der Kolonisierung von Frauen, Natur und fremden Völkern basieren (Mies 1988). Sie ist auch nicht durch "nachholende Entwicklung" oder eine bloße Verteilung des "gesellschaftlichen Reichtums" zu realisieren, wie viele immer noch glauben. Die Produktion dieses "gesellschaftlichen Reichtums" beruht immer auf Gewalt, Raub, und Ausbeutung von Mensch und Natur.

Eine solche nicht-wachstumsorientierte, nichtkoloniale, nichtkapitalistische, nicht-patriarchale Wirtschaft müsste auf grundlegend anderen Prinzipien als den uns bekannten aufgebaut sein. Dabei stehen nicht nur die Grenzen unseres Planeten im Vordergrund, sondern das Prinzip der Selbstversorgung, ein anderer Begriff von "gutem Leben", eine Kritik des Konsumismus, die Respektierung natürlicher Zyklen und die Schaffung neuer Verhältnisse zwischen Mensch und Natur, Mann und Frau, Stadt und Land, zwischen verschiedenen Völkern, Rassen und Ethnien (vgl. Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1992, Mies/Shiva 1995). Um eine solche Wirtschaft zu konzipieren ist zunächst ein anderer Blick auf die Wirklichkeit notwendig. Wir nennen diesen Blick die Subsistenzperspektive (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997).

## LITERATUR:

- Bennholdt-Thomsen, Veronika / Maria Mies: Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, Frauenoffensive, München 1998
- Bennholdt-Thomsen, Veronika, Nicholas Faraclas, Claudia v. Werlhof (eds.): There is a Alternative. Subsistence and worldwide resistance to corporate Globalisation, Zed Books, London 2001
- Gray, John: False Dawn. The delusions of global Capitalism, Granta Books, London 1998
- Mies, Maria / Claudia von Werlhof 1998: [Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen \(MAI\). Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können. EVA / Rotbuch, Hamburg 1998](#)
- Mies, Maria / Vandana Shiva: [Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie. Rotpunkt, Zürich 1995](#)
- Mies, Maria: [Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit, Rotbuch, Hamburg 2001](#)
- Maria Mies: Von der Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten. Überarbeitete und aktualisierte Fassung des Artikels: „Kriege sind gut für die Wirtschaft: Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem“. In: Ralph M. Luedtke/Peter Strutynsky (Hrsg.): Dem Krieg widerstehen. Beiträge zur Zivilisierung der Politik, Verlag Winfried Jenior, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Kassel 2001, S. 16-27.